



Bachelor-Seminar zu Steuerlehre und Rechnungslegung im WS 2018/2019

Das Seminar dient dazu, den Studierenden einen Einstieg in Themen der Steuerlehre und Rechnungslegung und den damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Kompetenzen zu bieten. Durch das Anfertigen der Seminararbeit erlangen die Teilnehmenden Kenntnisse im Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten und werden somit auf die Anfertigung der Bachelorarbeit vorbereitet. Dies wird durch Feedback-Gespräche besonders gefördert. Für die Präsentationen werden den Teilnehmenden zunächst grundlegende Präsentationstechniken vermittelt. Darüber hinaus fördert die Zusammenarbeit in Kleingruppen die Teamfähigkeit und problemorientierte Arbeitsweise.

I. Organisatorisches

1. Seminarleistungen

Es können **6 CP** für das Modul „Seminar zur Betriebswirtschaftslehre“ erworben werden. Dafür ist eine Seminararbeit im Umfang von **12 Seiten** unter Beachtung der „Anleitung zur Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten am IUB“ (als Download auf der Institutshomepage verfügbar) anzufertigen. Die Seminararbeit (ein gebundenes Exemplar und zusätzlich als Word-Datei) ist bis zum **07.01.2019 um 12:00 Uhr in Raum J 381 (Sekretariat) abzugeben**, die Datei senden Sie bitte an: **iub@wiwi.uni-muenster.de**.

Im Rahmen der **Blockveranstaltung (24.-25.01.2019)** muss der Inhalt der Seminararbeit in Kleingruppen präsentiert werden. Die Präsentation ist **bis zum 16.01.2019** als PDF-Datei an **iub@wiwi.uni-muenster.de** zu senden.

Zur Teilnahme an der Diskussion in der Blockveranstaltung sind die weiteren bearbeiteten Themen anhand der per E-Mail zur Verfügung gestellten Seminararbeiten und Präsentationen vorzubereiten. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Teilnehmer mit der Weiterleitung der eigenen Arbeit und Präsentation einverstanden ist. Bei Einwänden kontaktieren Sie bitte Ihren Betreuer.

Die angegebene Literatur soll nur die erste Orientierung erleichtern. Es wird erwartet, dass die Seminarteilnehmer selbständig Literatur zu ihrem Thema suchen.

Die Gesamtnote setzt sich zu 60 % aus der Note der Seminararbeit sowie zu je 20 % aus der Note des Seminarvortrages und der Diskussionsbeteiligung während des Blockseminars zusammen. Eine Klausur wird **nicht** geschrieben.

2. Anmeldung

Eine Anmeldung kann ab sofort erfolgen. Das Institut behält sich aus didaktischen Gründen eine Beschränkung der Teilnehmerzahl vor. Sie erhalten zeitnah eine Zulassungsbestätigung, wenn Sie teilnehmen können.

Zur Anmeldung nutzen Sie bitte das Online-Anmeldetool des IUB und hinterlegen dort drei Themenpräferenzen aus der unten genannten Liste.

Die Themenzuordnung erfolgt durch das IUB mit dem Ziel einer bestmöglichen Zuordnung der Teilnehmer auf die von Ihnen präferierten Themen. Die Zuordnung der Themen erfolgt grundsätzlich nach dem First-Come-First-Serve-Prinzip.

Bitte bedenken Sie, dass Sie sich für das Seminar **auch beim PAM anmelden** (vorgezogene Klausuranmeldephase) müssen.

3. Termine

Auftaktveranstaltungen:	17.10.2018 und 24.10.2018 (12:15-13:45 Uhr, J 490)
Abgabe Seminararbeit:	07.01.2019 bis 12:00 Uhr
Abgabe der Präsentation:	16.01.2019 bis 12:00 Uhr
Blockveranstaltung:	24.01.2019 und 25.01.2019 (voraussichtlich ganztägig)

II. Themen

1. Das Leistungsfähigkeitsprinzip im deutschen Steuerrecht

Das Leistungsfähigkeitsprinzip ist eines der materiell bedeutsamsten Prinzipien des deutschen Steuerrechts und sorgt für Steuergerechtigkeit aber auch eine gerechte Lastenverteilung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation des Steuerpflichtigen. Im Rahmen der Seminararbeit soll dieses zentrale Besteuerungsprinzip und die konsequente Durchsetzung kritisch analysiert und in den Kontext aktueller steuerlicher Entwicklungen gesetzt werden.

Kirchhof, Das Leistungsfähigkeitsprinzip nach dem Grundgesetz – Zustand und Zukunft, BB 2017, S. 2208.

Desens, Die Verwirklichung des Leistungsfähigkeitsprinzips als Maßstab der Steuernormen in der Rechtsprechung des BVerfG, StuW 2016, S. 240.

Lang, Steuergerechtigkeit, StuW 2016, S. 101.

2. Die Mitwirkungspflichten im deutschen Steuerrecht

Im Rahmen des Steuervollzugs werden dem Steuerpflichtigen trotz geltendem Amtsermittlungsprinzip diverse steuerliche Mitwirkungspflichten auferlegt, denn ohne aktive Mitwirkung des Steuerpflichtigen wären die meisten Sachverhalte idR. unmöglich bzw. nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand seitens der Finanzverwaltung zu beurteilen. Die Seminararbeit soll die steuerlichen Mitwirkungspflichten systematisch aufarbeiten und in den Kontext aktueller steuerlicher Entwicklungen stellen.

Kommentierung zu §§ 88 ff. Abgabenordnung (z.B.: Tipke/Kruse oder Hübschmann/Hepp/Spitaler).

Seer, Steuerliche Mitwirkungs- und Dokumentationspflichten bei grenzüberschreitenden Sachverhalten, EWS 2013, S. 257.

Leimkuhl-Schulz/Modrzejewski, Verwirklichung des Nemo-tenetur-Grundsatzes trotz steuerlicher Erklärungs- und Mitwirkungspflichten, wistra 2015, S. 378.

3. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im deutschen Steuerrecht

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip stellt eines der zentralen Besteuerungsprinzipien im deutschen Steuerrecht dar und leitet sich von der verfassungsrechtlich garantierten Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) ab. Im Rahmen der Seminararbeit soll eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem sog. „Halbteilungsgrundsatz“ erfolgen und insbesondere die Rechtsprechung des BVerfG und des BFH kritisch analysiert werden.

Gialouris, Leitgedanken eines Steuerverhältnismäßigkeitsprinzips, StB 2013, S. 229.

BVerfG, 18. 1. 2006 – 2 BvR 2194/99, BVerfGE 115, 97.

Kirchhof, Besteuerung im Verfassungsstaat, Mohr Siebeck-Verlag, Tübingen 2000.

4. Die Entwicklung der strafbefreienden Selbstanzeige im deutschen Steuerrecht

Die Vorschriften zu strafbefreienden Selbstanzeigen wurden im Laufe der letzten Jahre mehrfach geändert und tragen damit dem politisch geprägtem Willen Rechnung, die Anforderungen an strafbefreiende Selbstanzeigen deutlich zu erhöhen, insbesondere aufgrund der öffentlichen Diskussion der vergangenen Jahre. Die Seminararbeit soll die betreffenden Gesetzesänderungen systematisch aufarbeiten und die aktuelle Rechtslage kritisch analysieren.

Beneke, Die Reform der strafbefreienden Selbstanzeige im Steuerstrafrecht, BB 2015, S. 407

Hinsmann, Die Neuregelung der Selbstanzeige im Steuerstrafrecht, NJW 2015, S. 113

Grötsch, Zeitlicher Anwendungsbereich der neuen Selbstanzeigeregelung, NZWiSt 2015, S. 409

5. Die Zukunft des Maßgeblichkeitsgrundsatzes

Der Maßgeblichkeitsgrundsatz wurde im Wesentlichen aus Vereinfachungsgründen geschaffen, um die steuerliche Gewinnermittlung möglichst einfach zu halten. Es lässt sich jedoch schon seit längerer Zeit eine zunehmende Aufweichung der Maßgeblichkeit durch zahlreiche steuerliche Wahlrechte und Sondervorschriften feststellen. Auch internationale Entwicklungen spielen dabei eine Rolle. Die Seminararbeit soll einen Überblick über bestehende Schwierigkeiten mit dem Prinzip der Maßgeblichkeit geben und mögliche zukünftige Entwicklungen aufzeigen und kritisch bewerten.

Weber-Grellet, Entwicklungstendenzen und Zukunftsperspektiven des Maßgeblichkeitsgrundsatzes, DB 2016, S 1279.

Prinz, Entwicklungsperspektiven im Bilanzsteuerrecht, DB 2016, S. 9.

Krumm, Blümich EStG-Kommentar, § 5, Rz. 150-154.

6. Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung

Die Betriebsstättengewinnaufteilung betrifft die Zuordnung des Gewinns eines Rechtsträgers auf sein inländisches Stammhaus und die ausländische Betriebsstätte oder die Abgrenzung des Gewinns einer inländischen Betriebsstätte zum ausländischen Stammhaus. Das Verfahren wurde in Übernahme des Konzeptes der OECD (Authorised OECD Approach - AOA) mit Wirkung ab 2013 in § 1 Abs. 5 AStG geregelt. Der zugehörige Verordnungsentwurf soll unter Heranziehung der vorliegenden Stellungnahmen kritisch analysiert werden.

BMF, Entwurf einer Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung - BsGaV, Download unter www.bundesfinanzministerium.de.

Oestreicher/van der Ham/Andresen, Die Neuregelung der Betriebsstättengewinnaufteilung in zwölf Fällen - zugleich eine Stellungnahme zum Entwurf der Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung, IStR, Heft 4/2014, Beihefter.

Schnorberger/Sassmann/Shekhovtsova, Betriebsstättengewinnermittlung nach dem OECD-Ansatz: Der Grundfall der Vertriebsbetriebsstätte, IStR 2014, S. 81.

7. Digitalisierung im Steuerrecht

Das Steuerrecht ist durch die "Digital Economy" vor neue Herausforderungen gestellt. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Umsatzsteuer und setzen sich bei der Ertragsbesteuerung fort. Hier sorgen Schlagworte wie "BEPS", "Double Irish with a Dutch Sandwich" für internationale Forderungen nach einer Neuordnung des Steuerrechts. Die Seminararbeit soll den Themenbereich „Digital Economy“ im Rahmen des Aktionsplans „Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ darstellen und Handlungsbedarf für den europäischen bzw. deutschen Gesetzgeber identifizieren.

OECD, Addressing the Tax Challenges of the Digital Economy, Action 1 - 2015 Final Report, http://www.keeper.com/Digital-Asset-Management/oecd/taxation/addressing-the-tax-challenges-of-the-digital-economy-action-1-2015-final-report_9789264241046-en#.WVn12Slpycw.

Blumers, Aggressive Steuerplanung, – Vielleicht legal, aber jedenfalls verwerflich, BB 2013, S. 2785.

Fehling, Neues zu den Herausforderungen für die Besteuerung der Digitalen Wirtschaft – Der Abschlussbericht zu Maßnahme 1 des BEPS-Aktionsplans liegt vor, IStR 2015, S. 797.

8. Steuerinformationen nach IAS 12

IAS 12 enthält Vorschriften zur Berücksichtigung von Steuern im IFRS-Abschluss. Im Rahmen der Seminararbeit sollen die steuerspezifischen Entwicklungen des IAS 12 und die Bedeutung der Norm im Gesamtkontext untersucht werden.

Heintges/Dettmer, Ertragsteuerliche Risiken und Chancen in der Bilanz? Wahrscheinliche immer!, WPg 2016, S. 79.

Zwirner/Busch, Aktuelle Praxisfragen des IAS 12 – Berücksichtigung von Unsicherheiten bei der Bilanzierung von Ertragsteuern, IRZ 2016, S. 104.

Lüdenbach / Hoffmann / Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, Kommentierung zu IAS 12.

9. Unternehmensbewertung im Lichte der Abschaffung der Kapitalertragsteuer

Die Abschaffung der Kapitalertragsteuer ist bereits zum politischen Konsens geworden und wirft eine Reihe von Folgefragen, insbesondere die Berücksichtigung im Rahmen der Unternehmensbewertung auf. Die Seminararbeit soll anhand der grundsätzlichen Unternehmensbewertungsansätze Lösungswege bzw. Problemfelder für die o.g. Problematik aufzeigen.

Wollny, Abgesang auf die Abgeltungsteuer – Einfluss auf den Unternehmenswert?, DStR 2016, S. 2721.

Pawelzik, Erhöhen finanzierungsbedingte Steuervorteile (Tax shields) den Unternehmenswert?, DStR 2013, S. 1445.

Petersen/Zwirner/Brösel/Boecker, Handbuch Unternehmensbewertung, 2. Auflage, Köln 2017

10. Die steuerliche Gewinnrealisierung von Abschlagszahlungen

Die Frage, wann Abschlagszahlungen steuerlich als realisiert gelten, d.h. ab wann sie versteuert werden müssen, hat in jüngerer Vergangenheit immer wieder für Probleme gesorgt. Sowohl der BFH als auch das BMF haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Arbeit soll einen Überblick über die Entwicklungen geben und den aktuellen Stand kritisch beurteilen.

BFH, U. v. 14.05.2014, VIII R 25/11.

BMF, Schreiben v. 15.03.2016, IV C 6 – S 2130/15/10001.

Müller, Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen, Wpg 2016, S. 474.

Prinz, Realisationsprinzip bei Abschlagszahlungen - Neues "Dauerstreitfeld" mit der Finanzverwaltung?, DB 2016, S. 371.

11. IFRS-Bilanzierung digitaler Währungen am Beispiel des Bitcoin

Blockchain und Digitalisierung sind Entwicklungen, die zur Verbreitung digitaler Währungen geführt haben. Am Beispiel des Bitcoins soll die Arbeit einen aktuellen Überblick hinsichtlich der Bilanzierung von digitalen Währungen geben, systematisch aufarbeiten und kritisch analysieren.

Kirsch/von Wieding, Bestandsbilanzierung von Bitcoin im IFRS-Kontext, IRZ 2018, S. 115.

Berger/Fischer, Abbildung von Kryptowährungen in den IFRS, BB 2018, S. 1195.

Lüdenbach, Bitcoins – Lost in rules - Die IFRS-Bilanzierung von Bitcoin-Aktiva und -Passiva zwischen Kasuistik und Pathologie, PiR 04/2018, S. 103.

12. Aktuelle Entwicklungen im Bereich Corporate Social Responsibility

Compliance und Corporate Social Responsibility sind von immenser Bedeutung. Dies gilt sowohl hinsichtlich des operativem Geschäfts als auch der Berichterstattung. Das CSR-Umsetzungsgesetz und andere Regelungen bzw. Verlautbarungen haben diesbezüglich zu wesentlichen Änderungen geführt, die im Rahmen der Seminararbeit systematisch untersucht und analysiert werden sollen.

Rubner/Leuerin, Das CSR-Umsetzungsgesetz, NJW-Spezial 2017, S. 719.

Kälberer, Die nichtfinanzielle Berichterstattung nach dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz – Teil 1: Wesentliche Bestimmungen, BC 2018, S. 194.

Spießhofer, Compliance und Corporate Social Responsibility, NZG 2018, S. 441.

Für Rückfragen steht Ihnen Stephan Burggraef telefonisch unter 0251/83-21955 oder per E-Mail (Stephan.Burggraef@wiwi.uni-muenster.de) gerne zur Verfügung.

Münster, den 06.06.2018

Prof. Dr. Christoph Watrin, StB